

Rede zum Haushaltsplanentwurf 2012

Norbert Czerwinski

**Düsseldorf ist
schwarz-gelb**

DÜSSELDORF HAT ETWAS BESSERES VERDIENT.

*Achtung, dies ist eine unautorisierte Fotomontage

- Es gilt das gesprochene Wort! –
Düsseldorf, 15. Dezember 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

eine Erfolgsbilanz sondergleichen hat uns der
Oberbürgermeister Ende September bei der Einbringung
des Haushalts zu präsentieren versucht.

Er sang das Hohe Lied von der obersten Priorität der
Schuldenfreiheit, die der Haushalt verfolge und lobte die
enormen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Stadt.
Schulen, Familien, Feuerwehr; für alle sei gesorgt, der
soziale Friede gesichert, an alle gedacht und außerdem
gibt es endlich die Direktflüge nach Peking.

Dabei fand die CDU bei ihrer Machtübernahme 1999 eine
„gigantische Erblast“ vor, so behauptete jedenfalls Frau
Pantel im September. Eine hochverschuldete Stadt mit
baufälligen Schulen und verrotteter Infrastruktur soll das
gewesen sein. Wie eine Stadt im Wilden Westen, wo der
Nordwind pfeift und Grasbüschel über die staubige,
verlassene Hauptstraße wehen. Eine Stadt, die
sehnsüchtig auf den richtigen Sheriff wartet.

Und 1999 kommt die CDU und – rubbeldiekatz - legt sie
einen ausgeglichenen Haushalt vor, die Schulen werden
saniert, „alle sind glücklich, alle sind froh“ sangen dazu
„Die Ärzte“.

Aber diese schöne neue Welt, die Sie sich mit dem neuen Sheriff gebaut haben und die Sie den Bürgerinnen und Bürgern gerne vorgaukeln, hat mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Die Wahrheit ist kein Modellbaukasten. Zwar heißt es bei Nietzsche in den Historien „Legenden korrigieren die Wirklichkeit“, aber ich kann und will Ihnen diese Legendenbildung nicht durchgehen lassen, deshalb muss ich Ihnen heute ein paar unbequeme Wahrheiten zumuten. Dazu gehört auch ein kurzer Blick zurück, damit wir verstehen, worüber wir heute streiten.

Zuerst: Was war 1999?

Rot-grün hatte diese Stadt fünf Jahre regiert. Wir hatten 1994 eine hochverschuldete Stadt vorgefunden, die wegen chronischer Etat-Schiefelage in die Haushaltssicherung gerutscht war. Bei Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen war ein Sanierungsstau in dreistelliger Millionenhöhe aufgelaufen.

Wir haben in fünf Jahren den Haushalt saniert, so dass 1999 wieder ein ausgeglichener Haushalt möglich war, wir haben 150 Mio. DM Schulden abgebaut, ohne Vermögen zu veräußern. Und wir haben den Masterplan Schulbausanierung aufgelegt und alles rein gegeben, was damals möglich war. Wir hatten damals vereinbart, dass die neue Handlungsfähigkeit durch ausgeglichene Haushalte genau in diesen Bereich fließen soll.

Wie haben wir das erreicht? Durch Aufgabenkritik und Steigerung der Effizienz. Natürlich gab es auch sehr schmerzhaftes Einschnitte. Und es war nicht populär, ein paar Jahre die Brunnen nicht sprudeln zu lassen. Aber das war uns lieber, als den sozialen Zusammenhalt zu gefährden. Die Idee der Rahmenverträge mit den freien Trägern, die der OB in seiner Haushaltsrede wieder lobte, ist zu dieser Zeit von rot-grün entwickelt und umgesetzt worden.

Man kann trefflich darüber streiten, warum rot-grün 1999 dann die Kommunalwahl verlor. Wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie, dass das vor allem der politischen Großwetterlage geschuldet war, ein Jahr nach dem recht holprigen Start von rot-grün auf Bundesebene.

Spannender ist die Frage, wie es weiter ging mit der neu gewählten schwarz-gelben Ratsmehrheit:

1. Da war der große Auftritt des neuen OB beim Überpinseln des Radwegs auf der Luegallee, weil Radwege den Autoverkehr behindern und lieber parallel zu Hauptstraßen geführt werden sollten.
2. Der Beschluss, die U80 als oberirdische Anbindung der Messe zu bauen, wurde kassiert und eine U-Bahn-Planung auf den Weg gebracht. Das sollte notfalls auch ohne Landeszuschüsse realisiert werden.
3. Busspuren wurden beseitigt, der ÖPNV sollte „gleichberechtigt“ mit dem Autoverkehr rollen – oder besser im Stau stehen.

Und die Realität:

1. Die Luegallee ist nicht staufrei, dafür für Radfahrende gefährlich. Eine Parallelroute konnte nicht gefunden werden.
2. Eine Messeanbindung Süd ist gar nicht gekommen.
3. Die Straßenbahnen sind heute langsamer unterwegs als 1985, zu Beginn des Beschleunigungsprogramms. Dann müssen halt 150 Fahrgäste in der Bahn warten, wenn ein Auto mit einer Person auf der Spur steht.

Diese Beispiele aus dem Verkehrsbereich bestätigen für mich einmal mehr: Sie haben sich in Ihren Politikansätzen getäuscht, aber noch viel schlimmer. Sie haben auch die Bürgerinnen und Bürger getäuscht.

Das trifft auch auf Ihre Finanzpolitik zu. Und da hat das Prinzip täuschen, tricksen und tarnen erst Recht nichts zu suchen. Was haben Sie aber in den letzten Jahren getan?

1. Schulden haben Sie vor allem abgebaut, indem Sie städtisches Vermögen verscherbelt und dabei auch noch auf jährliche Dividenden verzichtet haben.
2. Die Gewerbesteuern flossen in der Regel stärker als von Ihnen angesetzt.
3. Für Investitionen haben Sie in der Realität weniger ausgegeben als Sie in den Haushaltsentwürfen angekündigt hatten.
4. Trotzdem haben Sie immer wieder in die Rücklage gegriffen.

Da fragt man sich doch: Wo ist das Geld geblieben?

Schaut man sich die Jahre 2008 und 2009 an, dann hatten Sie Investitionen für 419 und 457 Mio. Euro angekündigt. Tatsächlich ausgegeben wurden dann aber nur 231 und 278 Mio. Euro. Wofür wurde so hoch angesetzt?

Nun, das sind wohl Ihre Großprojekte, die Sie nicht im Griff haben und die nachfinanziert werden müssen. Da fällt einem Burgwächter Castello mit 25 Mio. ein oder die Paketpost – abenteuerlich, wie uns als Rat der damalige OB gefoppt hat -, die Mehrkosten bei Wehrhahlinie und beim Kö-Bogen 1, die Arena-Betriebskosten und jüngst die „überplanmäßigen Ausgaben zum Haushalt 2010 in Höhe von 50 Mio., davon allein 16 Mio. für die Arena-Abschreibungen.

So, und jetzt sind wir beim Haushalt 2012.

Der sei ausgeglichen, sagt der OB. Die richtigen Prioritäten seien gesetzt. Die Schuldenfreiheit als oberste Priorität gewahrt. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei sei zu danken. Diesem letzten Punkt schließe ich mich gerne an und sage Danke auch für die Unterstützung während der Haushaltsberatungen.

Bei allen anderen Punkten handelt es sich leider nur um eine weitere Mär.

Ausgeglichen mit Griff in die Rücklage. Toller Trick.

Die Priorität richtig gesetzt? Seien Sie ehrlich: Sie glauben, dass das Hauptproblem Düsseldorfs die Existenz des

Tausendfüßlers sei. Wir werden später noch über das Thema zu streiten haben. Aber aus finanzpolitischer Sicht ist es ein Harakiri-Unternehmen. Es hat noch nie in der Bundesrepublik einen Fall gegeben, wo sich eine Stadt ohne Bundes- oder Landeszuschuss einen dreistelligen Millionenbetrag gönnte, um eine solche Maßnahme durchzuführen. Und Sie haben nicht mal einen Zuschuss beantragt, weil Sie wissen, das wäre erfolglos – auch unter einer schwarz-gelben Landesregierung.

Das ist eben der Unterschied zum Rheinufertunnel. Der OB hat in seiner Haushaltsrede im September den Vergleich bemüht: Damals hätten Mut und Weitsichtigkeit eine gute Lösung für die Stadt ermöglicht. Ich sehe heute Übermut und Engstirnigkeit auf dieser Seite. Übermut, weil man meint, Düsseldorf könne sich alles leisten: „was lacostet die Welt“. Engstirnigkeit, weil man denkt, egal wie - der Tausendfüßler muss fallen! Wir hatten davor gewarnt. Ein rechtsstaatliches Verfahren zur Aufhebung des Denkmalschutzes ist vorgeschrieben. Aber weder wurden, wie vorgeschrieben, die möglichen Sanierungskosten ordentlich untersucht, noch beim Abwägungsprozess die vorgeschriebene Frage untersucht, ob eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität auch unter Erhalt des Denkmals möglich ist. Jetzt stehen wir vor den Scherben Ihrer Engstirnigkeit: Die Jägerhofpassage wird durch Kö-Bogen 1 beseitigt, die Zusammenführung der Hofgartenteile enorm verschlechtert.

Der OB hat in seiner Haushaltsrede explizit uns GRÜNE aufgefordert, dem Abriss des Tausendfüßlers zuzustimmen, da er ein Symbol der autogerechten Stadt sei, dessen Zeit ein für allemal vorbei sei. Dazu sagen wir:

Jau, wenn Ihr wirklich eine zukunftsfähige Stadt wollt, die sich nicht mehr am Ideal der autogerechten Stadt orientiert, sind wir mit im Boot. Aber dafür müssen wir nicht den Tausendfüßler abreißen. Das, was Ihr mit dem Kö-Bogen 2 plant, ist genau die Überleitung des Ideals der autogerechten Stadt ins 21. Jahrhundert. Autos werden besser denn je in die Innenstadt geholt. Wir können gut mit einer Lösung leben, die sagt: In die Innenstadt vor allem zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV. Die Tammssche Logik, die Durchgangsverkehre über den Hofgarten zu führen, fanden wir noch nie richtig. Der Tausendfüßler war ursprünglich als eine Verbindung der heutigen A59 Duisburg-Düsseldorf und Düsseldorf-Leverkusen vorgesehen.

Mein Gott, was wäre Düsseldorf innovativ, wenn das alte Denkmal Tausendfüßler FußgängerInnen und Radfahrende direkt in den Hofgarten führe. Ein Hochpark wie in Paris oder New York würde erstmals in Deutschland realisiert! Niemand würde mehr darüber lästern, dass sich unsere Stadt eine Autostraße in der Innenstadt zumutet.

Aber genau dieser Mut fehlt Ihnen. Sie bauen aufwändige, wahnsinnig teure Tunnel mit Betriebskosten, die Sie nicht einmal berechnet wissen wollen. Und genau das sind die Zukunftslasten Düsseldorfs.

Deshalb steht der Kö-Bogen, oder korrekterweise der Bau der Autotunnel, im Zentrum der Auseinandersetzung.

Sie sagen: Der Bau der Autotunnel ist eine Investition in die Zukunft. Wir sagen: Er gefährdet die Schuldenfreiheit und verhindert die wirklich notwendigen Investitionen in die Zukunft.

Wir alle sehen die Notwendigkeit, die drei Hauptachsen des Einzelhandels Schadowstraße-Kö-Flingerstraße besser zu verbinden. Wir sehen aber, dass in der Verbindung Kö-Altstadt gerade durch die Planungen der fußläufige Verkehr – und darum geht es doch wohl - nicht verbessert wird.

Sie sagen wie vor ein paar Monaten Frau Strack-Zimmermann hier im Rat: „Sie von der Opposition haben ein krudes Verhältnis zur Demokratie, schließlich haben wir die Kommunalwahl 2004 gewonnen und der Tausendfüßler fällt.“

Wir sagen: ein Projekt wie der Kö-Bogen braucht einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, da reicht es nicht mit ein, zwei Leuten zu sprechen, Herr Oberbürgermeister, und seien sie auch noch so prominent.

Was mich aber noch mehr in Rage bringt, ist, dass Sie nicht klar sagen, was diese Entscheidung für die Tunnelorgie beinhaltet.

In den Stadtteilen werden ersehnte und seit langem von breiter Mehrheit erwünschte Veränderungen ausbleiben wie zum Beispiel Klinke 2. Bauabschnitt, Umbau Rosstraße, Bilker Kirche, Kölner Straße.

Und notwendige und sogar von Ihnen propagierte Investitionen bleiben auf der Strecke, Projekte, mit denen Sie sich in der Öffentlichkeit schon haben feiern lassen, für die Sie aber nur ungedeckte Schecks ausstellen können: Die U81 – seit 1998 im Nahverkehrsplan, die Sanierung der Museen, der Zentralbibliothek, das Tanzhaus, die Erweiterung des Aqua-Zoos, der Digitalfunk der Feuerwehr, die Sanierung der Einrichtung Posener Straße, das Allwetterbad und die Sport- und Gesundheitszentren.

Dabei kratzen Sie schon alles zusammen: Parkgebühren, Vergnügungssteuer, Erhöhung der Eintrittspreise ins Museum – mal eben als Tischvorlage – und der Griff in die Taschen des Entwässerungsbetriebs.

Das ist fürwahr ein dolles Manöver. Da erklärt uns der Kämmerer im September noch, dass die Schuldenfreiheit so zu verstehen sei, dass die Schulden des Entwässerungsbetriebs nicht zu zählen seien, weil sie rentierlich seien. Schließlich sei der Betrieb eigenwirtschaftlich und ein unabhängiger

Wirtschaftskreislauf. Und dann bedient man sich mal eben in siebenstelliger Höhe und für die Zukunft wird noch mehr prognostiziert. Gleichzeitig wissen wir, dass erhebliche Investitionen in die Entwässerungsinfrastruktur notwendig werden. Aber dafür werden die Gebühren steigen müssen. Wer so vorgeht, darf sich nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger mit Einspruch auf die nächsten Gebührenbescheide reagieren. Die Zeche zahlt die Stadt – und damit alle Bürgerinnen und Bürger für die Verlogenheit der Finanzpolitik.

Das ist ein Einstieg in den Ausstieg aus der Schuldenfreiheit. Einfach verschleiert. Aber es fällt auf – zumindest uns.

Ist denn alles falsch? Will der OB denn wirklich nichts richtig machen? Nein. Wir erkennen sehr wohl an, wo der OB sich von der richtigen Seite zeigt. Noch mehr: Wir waren überrascht. In seiner Rede zur Haushaltseinbringung legte OB Elbers dar:

Wohnen im Hafen sollte sich auf den Ostteil beschränken, Radverkehr sei wichtig, sozial geförderter Wohnungsbau und Mehrgenerationenwohnen sei selbstverständlich, in der Verkehrspolitik wird regional gedacht und Beschleunigung des ÖPNV ist ein Ziel, die Schadowstraße solle Fußgängerzone werden und Klimapolitik sei ungemein wichtig.

Wir erinnern uns: Im Hafen haben wir eine Linie des Kompromisses skizziert zwischen neuer Entwicklung und Industrie, die nun mehrheitsfähig wird.

Mehrgenerationenwohnen wurde von OB Erwin als Fantasieprodukt verunglimpft. Regionale Verkehrspolitik wurde, man denke nur an den Verkehrsentwicklungsplan 2006, als engstirnig gebrandmarkt, die Beschleunigung war 10 Jahre kein Thema, die Schadowstraße wurde schon vor Jahren als Fußgängerzone von GRÜNEN gefordert und als unrealisierbar geschmäht.

Was man aber von so manchen Ankündigungen des Oberbürgermeisters halten muss, zeigt seine Entgegnung auf unsere Kritik an mangelnder Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim Etatentwurf. Da lädt er in seiner Einbringungsrede im September die Bürgerschaft noch großzügig ein mitzudiskutieren und dann erklärt der Kämmerer wenige Wochen später im Beschwerdeausschuss Anfang Dezember, dass man technisch nicht in der Lage sei, den Haushaltsentwurf ins Internet zu stellen – wegen fehlender Barrierefreiheit. Da muss sich die interessierte Bürgerschaft wohl ins Rathaus bemühen (Achtung, ebenfalls nicht vollständig barrierefrei!) und die zwei Kilo Haushalt nach Hause schleppen. So kann man sich zu viel Mitsprache auch vom Hals halten.

Als Opposition begnügen wir uns aber nicht damit aufzuzeigen, was in der Regierung falsch läuft. GRÜNE

haben in den vergangenen 13 Jahren bewiesen, dass sie zukunftsfähige Alternativen benennen und sich selbstverständlich auch der Verantwortung einer soliden Haushaltspolitik stellen können.

Darum legen wir Ihnen heute entsprechende Anträge vor, die Ihre blinden Flecken, Ihre Zögerlichkeit und vor allem Ihre falsche Prioritätensetzung aufzeigen.

Beim Wohnen redet der OB von der Notwendigkeit öffentlich geförderten Wohnungsbaus. Der sei gleichermaßen wichtig wie Einfamilienhausbau für junge Familien. Das ist erstaunlich, denn von der Ratsmehrheit wird das regelmäßig in Frage gestellt. Auch der Planungsdezernent tritt hier auf die Bremse und verweist auf eine fragwürdige Vereinbarung, dass in einem Baugebiet maximal 40 Wohneinheiten öffentlich gefördert errichtet werden sollen. Setzen Sie das mal ins Verhältnis zum Reitzenstein- oder Hohenzollern-Gelände mit 750 bzw. 1000 Wohneinheiten. Und da redet der OB davon, dass „in allen Stadtteilen Wohnungen mit sozialer Wohnraumförderung“ entstehen. Wer soll Ihnen das abnehmen?

Das ist genauso glaubwürdig, wie die Ankündigung, die „städtische Wohnungsgesellschaft muss entsprechend ihrem Auftrag in Zukunft einen noch stärkeren Beitrag leisten“ zur Modernisierung und Schaffung von Wohnraum. Wenn Ihnen das wirklich wichtig wäre, würden Sie die SWD auch in die Lage versetzen. Aber seit 13 Jahren

werden Liegenschaften verkauft und die Erlöse fließen eben nicht in die SWD, sondern dienen zur Finanzierung Ihrer Lieblingsprojekte. Wir wollen die Städtische Wohnungsgesellschaft mit unserem Antrag in die Lage versetzen, das zu tun, wovon der OB nur spricht.

Beim Schulbau ist es komplizierter. Ich habe schon konstatiert, dass der Masterplan keine Erfindung von schwarz-gelb sondern rot-grün ist. Aber der Hammer ist doch, dass Sie unter Schulbausanierung auch den Ganztagsausbau laufen lassen. Laufen ist allerdings das falsche Wort. Stottern wäre richtiger, denn regelmäßig bleibt der Schulbau hinter den Planungen zurück. Seit 2007 sollten jährlich 38 Mio. investiert werden. 2007 und 2009 wurden aber nur 28 Mio. verbaut, 2008 sogar nur 21! Ihre Bilanz ist blamabel, Ihr eigenes Loblied auf die Schulbausanierung wirkt peinlich. Die Stadt Wuppertal (350.000 EinwohnerInnen) schaffte es, im letzten Jahr 51 Mio. Euro zu verbauen. Warum klappt in anderen Städten, was hier bei uns nicht gelingen will? Wenn eine Stadt so hinter ihrem eigentlichen Potenzial bleibt, dann machen die Verantwortlichen etwas falsch, dann wird diese Stadt unter Wert regiert.

Die Stadt Wuppertal wird übrigens im nächsten Jahr für 11 Mio. die Voraussetzungen für die 6. Gesamtschule schaffen.

Die Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler fühlen sich verschaukelt, wenn angekündigte Sanierungen

ausbleiben und die baulichen Voraussetzungen für den Ganztagsunterricht trotz Versprechen auf sich warten lassen. Wir fordern, den Masterplan umzubauen und klare Titel für Sanierung und Ganztagsausbau zu schaffen.

Große Ankündigung gibt es auch beim Thema Klimaschutz. Auch hier stellen wir fest: Was als richtig und wichtig erkannt wurde, was als große Maßnahme verkündet wurde, dümpelt dahin: Die energetische Gebäudesanierung. Sie wäre nicht nur aus Klimaschutzgründen wichtig, es hätte auch positive Effekte für die Wirtschaft und Beschäftigung. Das wissen wir alle. Nicht mal die beispielhafte Sanierung des Gebäudes Marktplatz 5 wird in Angriff genommen. Dass gerade die Kämmerei nicht in einem effizienten Gebäude haust, ist nicht Ihr Verschulden, Herr Stadtdirektor, aber es ist symptomatisch. Das Gebäude ist so marode, dass man darin eher den Kammerjäger als den Kämmerer vermuten würde. Wir sagen, hier werden falsche Prioritäten gesetzt. Wir wollen Investitionen für energetische Gebäudesanierung, Sie wollen das Geld für Investitionen in Autotunnel.

Beim Thema Verkehr gab es durchaus neue Töne in der Rede des OB zum Haushalt. Verkehr wird endlich auch als regionale Herausforderung gesehen. Zur Beschleunigung des Öffentlichen Nahverkehrs heißt es zumindest, dass wir da was in den nächsten Jahren tun müssen. Und beim Radverkehr traute ich ja kaum meinen Ohren. In der Rede hieß es: „Ich weiß, dass es nicht auf allen Hauptstraßen in

Düsseldorf ohne Probleme möglich ist, Radwege zu installieren.“ Wow. Das klingt auf jeden Fall schon mal besser als der Beschluss von CDU und FDP im Verkehrsausschuss, an Hauptstraßen generell keine Radwege zu bauen. Das Problem ist nicht die Hauptstraße, das Problem ist die Ratsmehrheit, die Lösungen erst gar nicht suchen lassen will.

Wenn man dann in den Haushalt schaut, sieht man, was man von dem Bekenntnis zum Radverkehr halten muss. In den Stadtbezirken 3, 4, 5, 6, 7, 8 passiert gar nix und im Bezirk 2 werden immerhin an der Grafenberger Allee Einfahrten abgesenkt. Klar, Sie brauchen ja auch das Geld für die Straßenbauprojekte wie die sogenannte Basisstraße Heerdt. Dass Verkehrsinfrastruktur in erster Linie vom Auto gedacht wird, zeigte sich wieder einmal beim Projekt Grafental. Da wird eine Trasse für eine vierspurige Ortsumgehung freigehalten, aber eine Erschließung für die 1000 Wohneinheiten mit dem Nahverkehr erfolgt nur mit dem Bus. Bei einem solch großen Gelände ist eine attraktive Schienenanbindung dringend geboten und auch leicht möglich, aber dafür haben Sie keinen Platz. Das ist auch eine Prioritätensetzung. Wir haben eine andere.

Es ist nicht nur eine andere Prioritätensetzung. Ich glaube, Sie haben auch Ihre ganz eigene Vorstellung von dieser Stadt, wer dazu gehört, für wen sie da ist. Wenn es heißt, wer sich Düsseldorf nicht leisten kann, soll doch ins Ruhrgebiet ziehen, das die schwarz-gelbe Ratsmehrheit inzwischen klammheimlich in eine privilegierte Partnerschaft

oder emotionale Eingemeindung aufgenommen hat. Wenn der Protest gegen Wohnraumvernichtung in Oberkassel ausgebremst wird. Wenn Ihre Fraktion nicht bereit ist, für Langzeitarbeitslose und Menschen mit Handycaps Beschäftigungsförderungsmöglichkeiten und damit gesellschaftliche Teilhabe zu bieten.

Wenn die Internationalität dieser Stadt vor allem an der Frage der Direktflüge und Messegäste gemessen wird. Wenn Geschlechtergerechtigkeit von Ihnen nur als eins der Themen angesehen wird, mit dem die GRÜNEN ständig nerven. Wenn der Elternwille nach mehr gemeinsamen Lernen barsch ignoriert wird und die Gesamtschulen ständig Kinder abweisen müssen, weil es zu wenige gibt.

Sie ziehen Ihr Ding durch. Kritiker werden ignoriert oder lächerlich gemacht. Der Dialog, die Suche nach einer breiten politischen und gesellschaftlichen Mehrheit ist nicht Ihre Sache. Erst in der vergangenen Woche, nachdem der Abriss des Tausendfüßlers durch den Minister erst einmal gestoppt wurde, hat der OB eingeräumt, dass man beim Kö-Bogen vielleicht zu wenig mit den Gegnern des Projekts gesprochen hat.

Das ist wohl wahr, Herr Oberbürgermeister. Es reicht nicht, überzeugt zu sein, man muss auch überzeugen wollen. Die Arroganz der Macht, mit der hier im Rat immer wieder Dinge durchgedrückt werden, Anträge der Opposition in Bausch und Bogen abgelehnt werden, macht Sie blind und lässt Sie stolpern. Und manchmal werden Sie dann zu

einer Art Einsicht gezwungen, die zumindest halbherzig und wenig überzeugend wirkt.

Wie war das noch als wir den Klimawandel hier im Rat thematisierten? Den gibt's gar nicht, hieß es erst – und jetzt ist er wenigstens als Aufgabe anerkannt.

Unsere Warnungen vor überzogenen Vorstellungen von Wohnen im Hafen: Sie mussten lernen, dass Kompromisse zu schließen sind. Ziemlich genau auf der Linie, die wir damals als Alternative aufgezeigt haben.

Und sie bewegt sich doch, könnte man meinen. Aber das ist zu wenig, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Düsseldorf kann sich schwarz-gelb nicht länger leisten.

Der Haushalt 2012 macht klar, in welche Gefahr Sie Düsseldorf bringen. Sie haben sich in das Projekt Autotunnelorgie verrannt und ordnen dem alles unter. Durch diese Mega-Investition wird die Handlungsfähigkeit für die Zukunft in gefährlicher Weise gebunden. Notwendige Investitionen können nicht in ausreichendem Maße getätigt werden, weil sich die Stadt an dem Projekt verschlucken wird. Sie gehen an die Grenze des finanziell Möglichen und darüber hinaus. Nicht nur, dass die Betriebskosten der Tunnel den Haushalt auf Dauer belasten werden. Wir wissen doch schon heute, dass bei solchen Projekten erhebliche Mehrkosten zu erwarten sind.

Dieses Risiko nehmen Sie in Kauf, stellen es aber nicht in Rechnung.

Meine Damen und Herren, die nächsten Jahre bergen eine Menge Risiken und Unwägbarkeiten. Keiner weiß, wie es mit der Eurokrise weitergeht, aber dass der Banken- und Versicherungssektor – gerade in Düsseldorf eine wichtige Branche – mit einigen Schwierigkeiten kämpfen wird, weiß man schon jetzt. Aber der Haushalt 2012 geht von kräftig steigenden Gewerbesteuereinnahmen aus, als läge eine Boomzeit vor uns. Gleichzeitig ist fraglich, ob und wie es mit der Opernehe mit Duisburg oder dem Engagement von eon beim museum kunstpalaest weitergeht. Das könnte uns noch eine Menge Geld kosten. Zur IDR sage ich jetzt besser nichts. Und ich prophezeihe Ihnen: Bei Wehrhahnlinie und Kö-Bogen 1 wird es weitere Mehrkosten geben.

In dieser Situation ist Düsseldorf schlecht beraten mit einer schwarz-gelben Mehrheit, einer Mehrheit, der wir nachgewiesen haben, dass sie nur mit dickem Portemonnaie Politik machen kann.

Doch die Hoffnung stirbt zuletzt: Wer aus der Atomkraft aussteigen kann, kann auch beim Kö-Bogen noch den Bogen kriegen. Besinnen Sie sich und halten Sie Maß. Einem Haushalt, der sich daran orientieren würde, könnten wir zustimmen. Zu diesem vorgelegten Haushalt sagen wir Nein im Interesse unserer Stadt und aus Sorge um die Zukunft.